

ÖIF Monitor

Integration & Migration

Juli/August 2014

Statistisches Jahrbuch migration & integration

Ein Auszug aus den aktuellen Daten und Fakten des Statistischen Jahrbuchs 2014 auf **Seite 4**

EU und Migration

Neues über Entwicklungen im Bereich einer gemeinsamen EU-Migrationspolitik und Asyl-Statistiken auf **Seite 5**

Neue Integrationsangebote auf regionaler Ebene

Mehr über die neue Initiative zur Integrationsförderung im regionalen Raum in Österreich auf **Seite 6**

Inhalt

| | |
|---|-----|
| Ö: Integrationsbericht 2014..... | 1-3 |
| Ö: ÖIF-Welcome Desks..... | 3 |
| Ö: Statistisches Jahrbuch 2014..... | 4 |
| Europäische Union: Migrationspolitik und Asylwesen..... | 5 |
| Integration in Österreich..... | 6 |
| Migration Policies International..... | 7 |
| Pressebeobachtung..... | 8 |
| Kurzmeldungen..... | 8 |
| Publikationen, Termine, Neues vom ÖIF..... | 9 |

Österreich: Integrationsbericht 2014

Expertenrat: Positive Zwischenbilanz, weiterer Handlungsbedarf

Am 28. Juli präsentierten Integrationsminister Sebastian Kurz und der Expertenrat für Integration den Integrationsbericht 2014. Nach einer aktuellen Bestandsaufnahme liefert der Bericht Empfehlungen für zukünftige Maßnahmen und präsentiert Ergebnisse einer Befragung über die persönliche Wahrnehmung der Bevölkerung zum Thema Integration.

Eingerichtet wurde der Expertenrat vor vier Jahren, um eine beratende Funktion bei der Umsetzung der Handlungsfelder des 2010 beschlossenen Nationalen Aktionsplans für Integration einzunehmen. Der Vorsitzende, Prof. Heinz Faßmann, arbeitet mit 17 Mitgliedern zusammen, die ihre Expertise in den diversen Handlungsfeldern zum Einsatz bringen. Seit 2011 erscheint der Integrationsbericht mit

dem Statistischen Jahrbuch migration & integration und der Datenbank „Integrationsprojekte in Österreich“ jährlich und stellt ein wichtiges Instrument zum Monitoring sowie zur Definition von Maßnahmen dar. Diesmal zieht der Expertenrat Bilanz der letzten drei Jahre, analysiert, wie frühere Empfehlungen umgesetzt wurden und präsentiert weitere Empfehlungen für die Zukunft. →

→ Fortsetzung von Seite 1
Expertenrat: Positive Zwischenbilanz, weiterer Handlungsbedarf

Schwerpunkte 2011-2014

Insgesamt wurden von 2011 bis 2014 45 Mio. Euro für Förderungen von Integrationsmaßnahmen/-projekten aufgewendet und 651 Projekte unterstützt. 80% dieses Betrages, d.h. 36 Mio. Euro, wurden in Sprache, Bildung und Beruf investiert. Etliche der Empfehlungen des Expertenrates haben auch in das Regierungsprogramm Einzug gefunden. Laut Bericht können u.a. folgende erfolgreiche Maßnahmen genannt werden:

- Integrationsbeauftragte an Botschaften im Ausland
- Ausbau von ÖIF-Welcome Desks und mobiler Beratung
- 160.000 Kinder auf Sprachstand getestet, ca. ein Viertel davon gefördert
- Aufstockung der Mittel für sprachliche Frühförderung ab 2015
- Website www.berufsanerkennung.at
- Novellierung des Staatsbürgerschaftsrechts
- Verankerung von Integration in Leitdokumenten im Gesundheitswesen
- Journalistenpreis Integration
- Verstärkung des interkulturellen Dialogs
- Öffnung des Ehrenamts für Migrant/innen
- Netzwerk „Integration im ländlichen Raum“

Neben österreichischen Erfahrungen und Prognosen zieht der Integrationsbericht diesmal auch erfolgreiche internationale Beispiele heran. Dabei wird auf vier Bereiche fokussiert, die in Österreich noch weiteren Handlungsbedarf aufweisen:

Sprachförderung für Kinder verbessern

Besonderes Augenmerk legt der Bericht auf den Schlüsselbereich der Sprachförderung. So wird empfohlen, ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr bei Förderbedarf einzuführen. Ebenso wird die Einrichtung von Sprachfördergruppen mit verpflichtender Laufzeit von einem Jahr sowie die Sprachförderung im Sinne eines durchgängigen Fördermodells nicht nur in der Vor-, sondern auch in der Volksschulzeit befürwortet. Kindergärten, Volksschulen und Eltern sollen dabei gut vernetzt zusammenarbeiten. Weitere empfohlene Maßnahmen sind die Förderung der Familiensprachen und der interkulturellen Kompetenz von Lehrer/innen. Als medial stark diskutiertes Thema hat sich die Förderung der sogenannten Quereinsteiger erwiesen. Empfohlen werden vom Expertenrat diesbezüglich Vorbereitungsklassen, die Kinder möglichst schnell dazu befähigen sollen, am Unterricht in den Regelklassen teilzunehmen.

Anerkennung von Qualifikationen erleichtern

Um die Anerkennung von formalen und nicht formalen Qualifikationen zu erleichtern, wird ein Gesetz für alle Bildungs- und Berufsbereiche empfohlen, wobei es einen gemeinsamen institutionellen Rahmen geben sollte. Vorteilhaft wäre es auch, wenn erste Schritte bereits aus dem Ausland getätigt werden könnten und verkürzte, verbindliche Fristen für die Bewertung den Prozess beschleunigen würden. Weiters schlägt der Expertenrat die Erstellung eines Kriterienkatalogs für alle Branchen und eine statistische Erfassung der Anträge und Bescheide vor.

Internationale Studierende für Österreich gewinnen

Der Expertenrat untermauert die bereits von Integrationsminister Kurz gestellte Forderung nach einer Reformierung der Rot-Weiß-Rot-Karte, um sie zu einem effektiveren Instrument dafür zu machen, ausländische Absolvent/innen österreichischer Hochschulen im Land zu halten. Brückenprogramme (z. B. Mentoring) sollen Unterstützung beim Berufseinstieg bieten. Weiters wird empfohlen, die Rot-Weiß-Rot-Karte auch für Absolvent/innen mit Bachelor-Abschluss zugäng-

→ Fortsetzung von Seite 1+2
Expertenrat: Positive Zwischenbilanz, weiterer Handlungsbedarf

lich zu machen, das erforderliche Einkommen zu senken und die gestattete Zeit für die Arbeitssuche nach Studienabschluss zu verlängern. Angesprochen wird auch die Refinanzierung der Ausbildungskosten von ausländischen Studierenden, wobei vor allem für eine Gleichbehandlung von Fachhochschulen und Universitäten plädiert wird.

Strategie: Integration von Anfang an

Für eine frühzeitige und rasche Integration werden sowohl eine verstärkte Orientierung online als auch das Fungieren von Botschaften und Auslandsbehörden als Willkommenseinrichtungen nahegelegt, was dazu beitragen soll, dass erste Schritte zur Integration bereits aus dem Ausland getätigt werden können. Empfohlen wird eine längerfristige und koordinierte Planung der Willkommensmaßnahmen, die mit allen Stakeholdern abgestimmt sein sollte.

Fördermaßnahmen auf EU-Bürger/innen ausweiten

Als neuer thematischer Schwerpunkt des Berichts gilt der Aufruf zu einer proaktiveren Integration von EU-Bürger/innen. 2013 stammte fast die Hälfte der ausländischen Wohnbevölkerung

aus einem EU-Land (519.000). Hauptfaktoren stellen die Zuwanderung aus Deutschland und den neueren EU-Ländern dar. Doch auch die Migration aus südlichen EU-Ländern (Griechenland, Spanien) ist drastisch gestiegen (2008–2013: um 400% bzw. 300%). Insofern wird empfohlen, auch diesen Zuwander/innen bereits frühzeitig Orientierung und Informationen bereitzustellen, etwa über die Botschaften in den EU-Ländern. Integrationsmaßnahmen sollten auch gezielt auf EU-Bürger/innen ausgerichtet werden. Die Sprachförderung soll in Zukunft zentral gehandhabt und für EU-Bürger/innen zugänglich und attraktiver gemacht werden. Der Expertenrat bestärkt Österreich auch darin, die Erweiterung der EU-Integrationsförderung auf Unionsbürger/innen voranzutreiben, um die Finanzierung von spezifischen Maßnahmen in den Mitgliedsstaaten zu erleichtern. Abschließend wird für eine sachliche Debatte rund um das Thema des Zugangs von EU-Migrant/innen zu Sozialleistungen plädiert, wobei die Durchführung einer quantitativen Erhebung empfohlen wird.

Weitere Information:

Den vollständigen Integrationsbericht finden Sie [»» hier](#)



Integration in Österreich ÖIF-Welcome Desks: Erfolgreiches erstes Jahr

Nach einjährigem Bestehen wird auch über die ÖIF-Welcome Desks Bilanz gezogen. Wie im Integrationsbericht 2014 des Expertenrates bestätigt wird, sieht diese Bilanz durchaus positiv aus. Noch in diesem Jahr wird das Serviceangebot weiter ausgebaut.

Eröffnet wurden die fünf ersten ÖIF-Welcome Desks (Wien, Graz, Linz, Innsbruck, Salzburg) im Sommer 2013. Schon im Herbst dieses Jahres wird ein weiterer Standort in Klagenfurt eröffnet. An dem Welcome Desks bekommen Migrant/innen alle Informationen, die sie für einen erfolgreichen Start in Österreich benötigen und werden in ihrem Integrationsprozess begleitet. Seit Einrichtung dieser Anlaufstellen wurden insgesamt 25.500 Beratungen an den Welcome Desks und den mobilen Beratungsstellen durchgeführt, wobei sich 53% der Beratungsgespräche um das Thema Sprache drehten. Mittlerweile werden an den Welcome Desks auch Willkommenshandbücher in 8 Sprachen (Englisch, Türkisch, Bosnisch/Kroatisch/Serbisch, Arabisch, Russisch, Polnisch, Ungarisch und Rumänisch) zur Verfügung gestellt, um Migrant/innen über die wichtigsten Themen des Lebens in Österreich zu informieren.

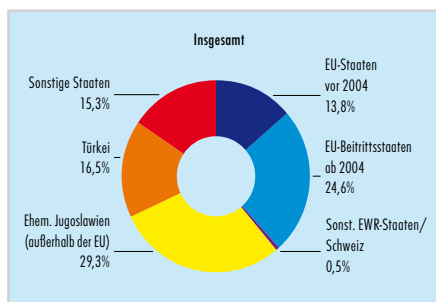
Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Integration in Österreich

Statistisches Jahrbuch migration & integration 2014: Über 1,6 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Österreich

19,4 Prozent der Bevölkerung Österreichs hat einen Migrationshintergrund. Doch wie viele dieser Personen wurden in Österreich geboren? Woher kommen die meisten der 2013 neu Zugezogenen? Wie viele Zuwander/innen haben einen österreichischen Pass? Das Statistische Jahrbuch 2014 liefert die Antworten.

Laut der aktuellen Daten von Statistik Austria zählen beinahe 1,2 Millionen der Menschen mit Migrationshintergrund zur ersten Generation (selbst im Ausland geboren), rund 430.000 werden der zweiten Generation zugerechnet (in Österreich geboren). Knapp 39% stammen aus anderen EU-/EWR-Staaten/Schweiz, 29% aus dem ehemaligen Jugoslawien (ohne Slowenien und Kroatien) und ca. 17% aus der Türkei.



Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2013

Ausländische Staatsbürger/innen

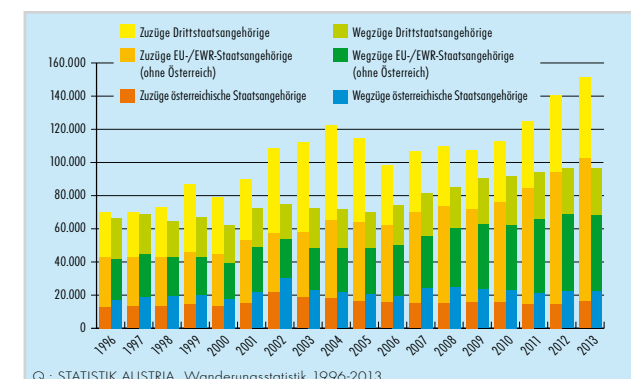
Anfang 2014 machten Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft 12,5% (1,066 Millionen) der gesamten Wohnbevölkerung Österreichs und gleichzeitig 59% der Bevölkerung mit Migrationshintergrund aus. Bei Betrachtung der Zuwander/innen nach Staatsangehörigkeit stammen die größten Gruppen aus folgenden Herkunftsländern:

- Deutschland (165.000)
- Türkei (115.000)
- Serbien (112.000)
- Bosnien und Herzegowina (91.000)
- Kroatien (62.000)
- Rumänien (60.000)

Etwa 40% der ausländischen Staatsangehörigen leben seit mindestens 10 Jahren in Österreich, 22% seit mindestens 5 Jahren. Durchschnittlich sind ausländische Staatsangehörige jünger als österreichische (35,2 Jahre vs. 43,2 Jahre). Die Gruppe der Ausländer/innen zeichnet sich durch einen positiven Geburtensaldo aus (+10.300), während bei Inländer/innen ein Sterbefallüberschuss von 10.500 verzeichnet wurde.

Nettozuwanderung

Bei der Nettozuwanderung (Zuzüge minus Wegzüge ins Ausland) liegt Ungarn an erster Stelle (+8.500), gefolgt von Deutschland (+7.300) und Rumänien (+5.700). Insgesamt belief sich die Nettozuwanderung des vergangenen Jahres auf 54.700 Personen. Die einzige Gruppe mit einem relevanten negativen Wanderungssaldo waren österreichische Staatsbürger/innen (-6.000).



Weitere Information:

Aktuelle Daten und Trends bezüglich Sprache und Bildung, Arbeit und Beruf, Soziales, Gesundheit etc. finden Sie im Statistischen Jahrbuch: [» hier](#)

Europäische Union

Österreich: Forderung nach Flüchtlingsquoten in der gesamten EU

Am 8. Juli fand in Mailand der Rat der Innenminister/innen der Europäischen Union statt. Hochaktuelles Thema war die Situation der Flüchtlinge, die über das Mittelmeer nach Europa kommen.

Die österreichische Innenministerin Johanna Mikl-Leitner sprach sich in diesem Zusammenhang für die Notwendigkeit einer gesamteuropäischen Lösung und einer fairen Aufteilung der Flüchtlinge aus. Als entsprechende Maßnahme erachtet sie das UNHCR-Resettlement-Programm, bei dem einem Land besonders schutzbedürftige und von der UNO registrierte Flüchtlinge zur Aufnahme und Betreuung vorgeschlagen werden. Verhindert werden soll mit einem derartigen Umsiedlungsprogramm auch die riskante Einreise, meist über organisierte Schlepper, von illegalen Migrant/innen in die EU. Fast wöchentlich berichten Medien über im Mittelmeer verunglückte Flüchtlingsboote. Laut Eurostat erhielten 2013 fast 136.000 Personen Schutzstatus in der EU. Aufgrund der Flüchtlingsströme über das Mittelmeer möchte Italien die Flüchtlingspolitik zur Priorität seiner EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2014 machen. Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Europäische Union

EU: Europäischer Rat beschließt EU-Programm für Migrationspolitik

Erstmals wurde bei der Sitzung des Europäischen Rates am 26. und 27. Juni ein konkretes migrationspolitisches Programm für die Europäische Union beschlossen. Ziel ist eine effizientere Migrationspolitik auf EU-Ebene.

Seit 1999 arbeitet EU-Kommissarin Cecilia Malmström zusammen mit dem Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS) an Verbesserungen des Rechtsrahmens auf EU-Ebene. Sowohl GEAS als auch das Grenzüberwachungssystem EUROSUR und die EU-Grenzschutzbehörde Frontex sollen in Zukunft gestärkt werden. Ziel der nächsten fünf Jahre wird auch die Schaffung von organisierten Einwanderungsmöglichkeiten sein, u.a. um hochqualifizierte Zuwander/innen anzuziehen, sowie die Implementation verstärkter Maßnahmen gegen irreguläre Migration. Die Zusammenarbeit mit Drittstaaten soll in Migrationsfragen ebenfalls forciert werden. Weiters ruft der Rat die EU-Staaten dazu auf, in der Debatte um Flüchtlingspolitik solidarisch zu agieren. Verstärkt werden diese Forderungen durch die Ankündigung des neu gewählten Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker, eine/n für Migration zuständige/n Kommissar/in benennen zu wollen. Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Europäische Union

EU: Bericht zur Situation von Asylwerber/innen in der EU

Im Juli 2014 wurde die Neuauflage des seit 2008 erscheinenden „Annual Report on the Situation of Asylum in the European Union“ des European Asylum Support Office (EASO) veröffentlicht.

Der Bericht des EASO, dessen Verwaltungsratsvorsitzender Mag. Wolfgang Taucher, Direktor des österreichischen Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl, ist, bietet folgende Rückschlüsse auf die Situation von Asylwerber/innen: 2013 stellten 435.760 Personen einen Asylantrag in einem EU-Staat (30% mehr als 2012). Die meisten Anträge kamen aus Syrien (50.495; Steigerung von 109%), der Russischen Föderation (41.485) und den Westbalkanstaaten (gesamt 72.840). Die meisten Anträge gingen in Deutschland, Frankreich, Schweden, Italien und Großbritannien ein. Die Gesamtanerkennungsrate in den EU-28 lag bei 34,4% und umfasst über 49.710 Personen, denen der Flüchtlingsstatus zuerkannt wurde, 45.535 Personen mit subsidiärem und 17.665 Personen mit humanitärem Schutz. Auch diesbezüglich lag die höchste Anerkennungsrate bei Personen aus Syrien, gefolgt von Flüchtlingen aus Eritrea und staatenlosen Personen. Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Integration in Österreich

Verstärkter Fokus auf Maßnahmen vor Ort: Neue Integrationsmaßnahmen auf regionaler Ebene

Erfolgreiche Integration bedarf erfolgreicher Servicemaßnahmen, und zwar überall dort, wo sie gebraucht werden – also auch in den ländlichen Gemeinden. Eine aktuelle Initiative bietet nun Integrationsmaßnahmen in den Regionen.

Um Migrant/innen in Österreich nicht nur in den Ballungszentren von Beginn an bestmöglich zu unterstützen, wird die von Integrationsminister Sebastian Kurz und dem ÖIF angekündigte Initiative „Integration auf regionaler Ebene“ seit März 2014 implementiert. Migrant/innen, die abseits der Städte leben, sollen über maßgeschneiderte Beratung und Maßnahmen in ihrem Integrationsprozess begleitet werden.

Regionale Beratung vor Ort

Im Rahmen der regionalen Beratung vor Ort werden kostenlose, niedrighschwellige Beratungsmöglichkeiten und regelmäßige Beratungsstunden in der Gemeinde gewährleistet. Die Vernetzung mit örtlichen Sozialeinrichtungen, Behörden, Vereinen und NGOs soll Zuziehenden zusätzliche Möglichkeiten eröffnen.

Willkommenshandbücher für Gemeinden

Zudem sollen Migrant/innen von auf die Gemeinde und Region zugeschnittenen Informationsmaterialien profitieren. Diese bieten Orientierungshilfe im neuen Wohngebiet, Informationen zu Bildung, Arbeit, Finanzen, Wohnen und Mobilität in der Region sowie ein Verzeichnis aller wesentlichen regionalen Kontaktdaten.

Workshops für Behörden und Organisationen

Multiplikator/innen in Gemeinden, Bezirkshauptmannschaften, Magistraten oder dem AMS sollen in maßgeschneiderten Workshops für integrationsrelevante Themen sensibilisiert werden und ihre interkulturelle Handlungskompetenz stärken.

Sprachangebote für Gemeinden

Ebenso soll es zu einer stärkeren Etablierung von Sprachangeboten vor Ort kommen, wobei der ÖIF mit zertifizierten Anbietern in Bezug auf Fördermöglichkeiten kooperieren und bei der Durchführung vor Ort behilflich sein möchte. Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Integration in Österreich

Studie: Welche Einstellung haben Migrant/innen bezüglich Wahlen?

Das Wahlverhalten von Migrant/innen differiert nur unwesentlich vom Wahlverhalten Einheimischer. Zu diesem Ergebnis kam eine Studie anlässlich der Nationalratswahlen 2013 und der EU-Wahlen 2014.

Laut der von Prof. Filzmaier (Donau-Universität Krems) in Kooperation mit dem ÖIF durchgeführten Studie gibt es zwischen Bürger/innen mit und ohne Migrationshintergrund weder bei der Wahlbeteiligung signifikante Unterschiede, noch bei den früheren Wahlerfahrungen oder dem politischen Interesse. 80% der Befragten betonten die Wichtigkeit der Demokratie. Bei den Nationalratswahlen bewerteten drei Viertel der befragten Migrant/innen das Funktionieren der Demokratie als gut oder sehr gut. In diesem Punkt zeigte sich bei beiden Befragungen eine deutliche Kluft zwischen den Generationen, wobei Angehörige der ersten Generation bessere Bewertungen abgaben als Personen der zweiten Generation. Bei der Gruppe der Migrant/innen sind Männer und ältere sowie höher gebildete Personen politisch interessierter. Gleichzeitig gab jedoch nur jede/r Siebente/r an, sich ausreichend über die EU-Politik informiert zu fühlen. Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Migration Policies International

Schweiz: Bundesrat präsentiert Vorschlag für neue Einwanderungsgesetze

Ende Juni stellte der Schweizer Bundesrat seinen Plan zur Umsetzung des Ergebnisses der Volksbefragung über Einwanderungsbeschränkungen vor. Ab 2017 sollen demnach Kontingente für Zuwander/innen, auch für sogenannte Kurzaufenthalter/innen gelten, wobei die Höchstgrenzen nach Bedarf definiert würden. Wenig überraschend lehnte die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton den Vorschlag der Schweiz ab, das Personenfreizügigkeitsabkommen neu zu verhandeln. Am 9. Juli wurde vom Schweizer Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) auch der 10. Bericht des Observatoriums zum Freizügigkeitsabkommen (FZA) zwischen der Schweiz und der EU veröffentlicht. Dem Bericht zufolge erlebte die Schweiz 2013 mit einer Nettozuwanderung von über 66.000 Personen den größten Zustrom seit Inkrafttreten der Freizügigkeit. 60% der Zuwanderer aus EU-/EFTA-Staaten waren Arbeitsmigrant/innen. Als relativ neue Entwicklung erfasst der Bericht den Anstieg der Zuwanderung aus süd- und osteuropäischen Staaten seit 2008, während davor die Zuwanderung aus Deutschland als Hauptfaktor galt.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Migration Policies International

USA: Stillstand statt Bewegung in Debatte um Einwanderungsreform

Die Reform des US-Einwanderungsrechts, eine der Prioritäten von Präsident Obama, ist ein langwieriges Thema. In seiner Rede zum 4. Juli sprach sich Obama erneut für die Umsetzung der Reform aus, die ca. 11 Millionen illegale Einwander/innen aus einer rechtlichen Grauzone holen könnte. Der US-Senat stimmte der Reform bereits 2013 zu, doch das von Republikanern dominierte Repräsentantenhaus hat die Abstimmung im Juni erneut aufgeschoben. Daraufhin kündigte Obama an, die Reform im Falle weiterer Blockierungen im Alleingang, z. B. durch Dekrete, umsetzen zu wollen. Aufgrund der humanitären Notsituation durch den Zustrom minderjähriger illegaler Einwander/innen an den Südgrenzen des Landes scheint die Reformdebatte nun in den Hintergrund gedrängt. Laut Reformplan sollen illegale Einwander/innen bei Unbescholtenheit, Steuernachzahlung, Bußgeldzahlung und entsprechenden Sprachkenntnissen die US-Staatsbürgerschaft nach 13 Jahren im Land erhalten können. Gleichzeitig sollen der Grenzschutz verstärkt und Arbeitgeber/innen, die Illegale einstellen, härter bestraft werden. Außerdem soll ein modernes System für legale Einwanderung geschaffen werden.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Migration Policies International

Südafrika: Verschärfte Einwanderungsgesetze treffen vor allem Nachbarstaaten

Am 26. Mai traten in Südafrika neue Einwanderungsgesetze in Kraft. Sie zielen darauf ab, illegale Einwanderung und Visumsmissbrauch einzudämmen. Die Novellierung der Immigrationsgesetze aus dem Jahr 2002 erschwert eine Umwandlung von temporären Aufenthaltsgenehmigungen in längerfristige, während sich die Person noch im Land befindet. Entsprechende Anträge müssen zukünftig im Herkunftsland gestellt werden und ein längerfristiger Aufenthalt bereits vor Einreise genehmigt sein. Bei überzogenem Visum drohen nun Wiedereinreisesperren von bis zu 10 Jahren sowie Geldstrafen. Auch Lebenspartner/innen südafrikanischer Staatsangehöriger müssen künftig zwei Jahre warten, bis sie um einen dauerhaften Aufenthaltstitel ansuchen können. Besonders betroffen von den Änderungen sind Einwander/innen aus den Nachbarländern. Zwei bis drei Millionen Personen alleine aus Simbabwe sollen in Südafrika leben – sie sind die größte Gruppe von Zuwander/innen. Viele von ihnen sind ohne entsprechende Aufenthaltstitel nach Südafrika eingereist. Rund 250.000 von ihnen wurden über gezielte Maßnahmen im Jahr 2011 legalisiert.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Pressebeobachtung: Integration und Migration

Worüber wurde im Juli berichtet?

Auch diesen Sommer sind die Themen Integration und Migration beständig in den Medien vertreten. Während auf internationaler Ebene die Flüchtlingsthematik im Vordergrund steht, wurde in Österreich anlässlich der Veröffentlichung des Integrationsberichtes 2014 auch über Integrationsmaßnahmen und EU-Migration berichtet.

Im Rahmen der andauernden Berichte rund um die Flüchtlingsströme nach Europa sorgte die Forderung der österreichischen Innenministerin Mikl-Leitner nach einem EU-weiten Resettlement-Programm auch medial für Aufsehen. Sehr intensive Debatten werden seit Juli auch um die Flüchtlingsunterbringung in Traiskirchen und die Verteilung von Asylwerber/innen in den einzelnen Bundesländern geführt. Sowohl die Überlastung des Erstaufnahmezentrums als auch die unterschiedlichen Vorschläge zu alternativer Unterbringung wurden ausführlich diskutiert.

Integrationsbericht und Jahresstatistiken

Die Veröffentlichung des Integrationsberichtes 2014 des Expertenrates für Integration fand Mitte Juli mediales Echo: Sowohl über die aktuellen Maßnahmen im Bereich der Integration in

Österreich als auch über die daraus resultierenden Handlungsempfehlungen wurde berichtet. Insbesondere das Thema der Förderung von „Quereinsteiger/innen“ hat angeregte Debatten nach sich gezogen. Ebenso wurde über die zunehmend positivere Stimmung rund um Integration in Österreich informiert. Vermehrt waren Berichte über die (nicht ausreichende) Integration von EU-Bürger/innen zu finden. Das einjährige Bestehen der ÖIF-Welcome Desks wurde von regionalen sowie landesweiten Zeitungen zur Monatsmitte aufgegriffen.

Internationales: USA-Grenzproblematik und EuGH-Urteil

Nicht nur die Grenzen im Süden der EU stehen ob der Migrationsströme im Fokus der Medien. Auch die US-amerikanischen Südgrenzen finden aufgrund der Thematik der minderjährigen illegalen Einwander/innen aus Zentralamerika Beachtung. Auf EU-Ebene sorgte der Entscheid des Europäischen Gerichtshofes am 10. Juli gegen ein Gesetz in Deutschland, demzufolge nachziehende Ehepartner/innen aus gewissen Drittstaaten sprachliche Grundkenntnisse nachweisen müssen, für Schlagzeilen.

Integration und Migration

Kurzmeldungen

»»» **Burka-Verbot in Frankreich nicht rechts-widrig** — Laut Europäischem Gerichtshof für Menschenrechte verstößt das französische Verbot der Vollverschleierung nicht gegen die Europäische Menschenrechtskonvention.««««

»»» **Erstmals türkische Wahllokale in Österreich** — Erstmals konnten im Ausland lebende türkische Wahlberechtigte nach Online-Registrierung ihre Stimme im Zuge der türkischen Präsidentschaftswahl in Wahllokalen im Ausland abgeben. Wahltermin in der Türkei war 10. August.««««

»»» **Neuausrichtung des Österreich Instituts** — Unter der neuen Leiterin Katerina Wahl soll das in 7 Ländern bestehende Institut zu einem Ort der Willkommenskultur im Ausland werden.««««

»»» **Über 117.000 Binnenflüchtlinge in Ukraine** — Laut UNHCR sind weitere 168.000 Personen wegen der sich zuspitzenden Situation in der Ostukraine nach Russland geflüchtet.««««

»»» **Erster Klimaflüchtling in Neuseeland anerkannt** — Medienberichten zufolge hat Neuseeland einer Familie aufgrund von Klimabedrohungen auf der Heimatinsel Tuvalu Asyl gewährt. Die Familie lebte bereits seit 2007 in Neuseeland.««««

Publikationen



ÖIF Dossier N°34:

Diversity Management in KMUs

Österreichischer Integrationsfonds

Das Dossier bietet eine Fallstudie zur Nutzung des wirtschaftlichen Potenzials von Migrant/innen in kleinen

und mittleren Unternehmen in Österreich.

Weitere Informationen [»» hier](#)



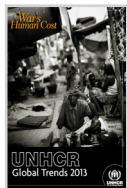
Moving up or Standing Still? Access to Middle-Skilled Work for Newly Arrived Migrants in the European Union

Meghan Benton, Susan Fratzke,

Madeleine Sumption (Migration Policy Institute, International Labour Organization)

Der Bericht analysiert anhand einer Studie in sechs EU-Ländern die Arbeitsmarktintegration von Migrant/innen.

Weitere Informationen [»» hier](#)



Global Trends 2013: War's Human Cost

UNHCR

Der Bericht bietet einen Überblick über die Weltflüchtlingszahlen.

Aktuelle globale Flüchtlingsströme werden erklärt, analysiert und graphisch aufbereitet.

Weitere Informationen [»» hier](#)

Termine

8.—9. SEPTEMBER

Fachtagung Anerkennungskultur vor Ort – Bürgerschaftliches Engagement interkulturell öffnen und stärken

Die Tagung widmet sich dem Austausch von Ideen und Erfahrungen rund um Bürgerbeteiligung und der Identifizierung von Handlungsfeldern.

Wo: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg, Deutschland

Weitere Informationen und Anmeldung [»» hier](#)

22.—23. SEPTEMBER

3. Jahrestagung Migrations- und Integrationsforschung in Österreich

In diversen Panels diskutieren Expert/innen unterschiedliche Aspekte des breiten Forschungs- und Wissensfeldes.

Wo: Hauptprogramm in der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien

Weitere Informationen und Anmeldung [»» hier](#)

23.—25. SEPTEMBER

Konferenz Determinants of International Migration

Im Zuge der interdisziplinären Konferenz sollen das evidenzbasierte und theoretische Verständnis der Entscheidungsfaktoren von Migration vertieft werden.

Wo: Wolfson College, University of Oxford, UK
Weitere Informationen und Anmeldung [»» hier](#)

Neues vom ÖIF



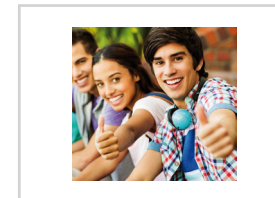
NEU: Teilstipendien für Master-Lehrgänge an Donau-Universität Krems

Zum ersten Mal vergibt der ÖIF insgesamt 15.000 EUR als Teilsti-

pendien für drei berufsbegleitende Master-Lehrgänge (Migrationspädagogik, Integrative Regionalentwicklung, Intercultural Competencies) an der Donau-Universität Krems.

Bewerbungsfrist: 15. September

Weitere Informationen und Bewerbung [»» hier](#)



Liese-Prokop-Stipendium WS 2014/15

Das Stipendium wird an sozial benachteiligte Studierende im Vorstudienlehrgang, im ordentli-

chen Studium und Absolvent/innen im Nostrifikationsprozess vergeben.

Bewerbungsfrist: 17. August

Weitere Informationen und Bewerbung [»» hier](#)

IMPRESSUM

Impressum und Offenlegung gemäß §§ 24 und 25 MedienG; Medieninhaber, Herausgeber, Redaktion und Hersteller: Österreichischer Integrationsfonds – Fonds zur Integration von Flüchtlingen und MigrantInnen (ÖIF), Schlachthausgasse 30, 1030 Wien, T.: +43 (0) 1 7101203 – 100, E.: mail@integrationsfonds.at; Verlags- und Herstellungsort: Schlachthausgasse 30, 1030 Wien; Offenlegung: Sämtliche Informationen über den Medieninhaber und die grundlegende Richtung dieses Mediums können unter www.integrationsfonds.at/impresum abgerufen werden.